

bildungs-meldungen

Zu wenig Jurist*innen

Vor einem Mangel an Rechtsgelehrten warnt die Linke in Mecklenburg Vorpommern. Die Justiz stehe vor einer riesigen Pensionierungswelle, da mehr als die Hälfte aller Richter*innen und Staatsanwält*innen bis 2031 in Ruhestand gehen. Dem stünden zu wenig gute Absolvent*innen gegenüber. Es sei nötig, das juristische Studium in Greifswald zu stärken und auch in Rostock wieder einzuführen.

Ausbildungssuche erschwert

Die Coronapandemie erschwert Schulabgängern die Ausbildungssuche. In Hamburg fanden in diesem Jahr 1.750 Schüler oder 35,5 Prozent direkt nach der 10. Klasse einen Platz. Wie die Schulbehörde mitteilte, lag die Quote 3,5 Prozent unter der des Vorjahres. Um Abgängern eine Perspektive zu bieten, würden die Plätze zur „Ausbildungsvorbereitung“ erhöht. Unterdessen meldet Schleswig-Holsteins Arbeitsagentur, Bewerber hätten auf dem Ausbildungsmarkt noch gute Chancen. Die Pandemie habe eine Delle bewirkt, aber keinen Einbruch.

Jahreskongress nur digital

Der alljährliche Jahreskongress Berufliche Bildung (Jakobb) findet am 7. und 8. Dezember 2020 erstmalig komplett digital statt. Unter dem Motto „Lern- und Arbeitswelten zukunfts-fähig gestalten“ gibt es ein Programm mit Vorträgen, Workshops und virtuellen Exkursionen. Näheres auf www.jakobb.de.

Messe für Abiturienten

Auch die Messe der Arbeitsagentur für Abiturient*innen, „Abi Up“ gibt es als Online-Format. Am 12. Dezember von 14 bis 17 Uhr können die Schulabgänger per Video, Sprache oder Textnachricht mit Ausbildungsbetrieben Kontakt aufnehmen. Außerdem wird ein Begleitprogramm mit Interviews, Vorträgen und Filmen zu Berufswahl, Bewerbung und zum Überbrücken im In- und Ausland übertragen: www.abi-up.de.

Berufliche Reha bei Epilepsie

Menschen mit Epilepsie haben oft Probleme beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu beruflicher Qualifizierung. „JobMe“ ist ein Angebot der ambulanten beruflichen Rehabilitation für Menschen mit Epilepsie und chronischen Anfallsleiden. Entwickelt wurde es von der Alsterarbeit GmbH und dem Hamburger Epilepsiezentrum am Evangelischen Krankenhaus Alsterdorf. Näheres auf www.alsterarbeit.de.

Noch gar keine Reaktion: Beschäftigte aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe übergaben am 19. November 600 Löffel an die Politiker im Rathaus. Foto: Peter Bisping



„Wir haben jetzt die Chance, Beschäftigte weiterzubilden“

Seit November sind viele Gastronomie-Beschäftigte in „Kurzarbeit null“. Damit die Zeit nicht verloren ist, sollten Betriebe jetzt ihre Mitarbeiter in Kurse schicken, fordert Gewerkschaftsfrau Silke Kettner. Zudem bräuchten auch sie dringend Coronahilfe

Interview **Kajja Kutter**

taz: Frau Kettner, wie ist die Lage der Beschäftigten in Hotels und Gastronomie derzeit?
Silke Kettner: Die ist mehr als bescheiden. Die meisten sind seit März in Kurzarbeit und wissen nicht mehr, wie sie ihr Leben finanzieren sollen. In der Gastronomie verdienen die Leute unter normalen Umständen schon zu wenig, als dass es gerade in einer Stadt wie Hamburg für ein vernünftiges Leben reicht. Seit März müssen sie mit bis zu 40 Prozent weniger Geld klarkommen. Das sind für viele unter 1.000 Euro. Das haut natürlich nicht hin.

Von wie viel Beschäftigten sprechen wir hier?
 Allein in Hamburg sind es circa 55.000.

Nun gibt es die Novemberhilfen, die den Firmen 75 Prozent des Vorjahresumsatzes ersetzen. Könnten die jetzt nicht volle Löhne zahlen?

Sind die Betriebe zu, können keine vollen Löhne gezahlt werden, dafür gibt es die Kurzarbeit. Man hätte aber die Hilfgelder daran koppeln können, dass hier von auch etwas den Beschäftigten zugute kommt. Zum Beispiel in Form von Zuschüssen zum Kurzarbeitergeld. Es ist gut, dass Betriebe unterstützt werden. Es kam aber vieles von den Hilfgeldern noch gar nicht an. Und wenn es dort ankommt, heißt es noch nicht, dass es bei

den Beschäftigten landet. Weit aus der größte Teil lebt rein vom Kurzarbeitergeld ohne weitere Zuschüsse vom Betrieb.

Was können die dann tun?
 Sie müssen zum Jobcenter, Sozialleistungen beantragen, aufstockend Hartz IV, also Arbeitslosengeld II. Oder, wenn sie dort von den Voraussetzungen her nicht reinpassen, können sie Wohngeld beantragen. Ansonsten müssen sie sich irgendwie über Wasser halten. Die Politik rechnet mit mehr Überschuldungen von Privathaushalten, weshalb man jetzt die Schuldnerberatung ausbaut. Aber wenn Haushalte strukturell zu wenig Geld haben, dann kann man das auch nicht wegberaten.

Ihre Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) appelliert jüngst an die Betriebe: Die sollen jetzt das neue Qualifizierungschancengesetz nutzen. Was bietet das Gesetz?
 Das Gesetz ist seit 2019 in Kraft und bietet hohe Zuschüsse für Qualifizierungsmaßnahmen von Beschäftigten. Wir haben jetzt, wo die meisten Betriebe zu sind oder nur eingeschränkt arbeiten, die Chance, Beschäftigte weiterzubilden. Das heißt, sie in ihren Fachgebieten schlauer zu machen oder sie in Bezug auf Buchhaltung, Personalwesen, Schicht- und Einsatzplanung et cetera zu stärken. Es gibt viele staatliche Zuschüsse dafür.

In welcher Form?
 Es muss beantragt werden, die Arbeitsagentur kann die kompletten Weiterbildungskosten tragen und zusätzlich Lohnausfallkosten zahlen, in der der Mitarbeiter wegen dieser Maßnahme ausfällt. Die Kurzarbeit ist die Chance, um hier etwas für Qualifizierung zu tun.

Und das passiert nicht?
 Es passiert bislang nur sehr eingeschränkt, wie man an Hamburg sieht. Hier wurden über alle Branchen, seit 2019 das Gesetz in Kraft trat, nur 606 Menschen überhaupt gefördert. Das ist sehr ernüchternd.

Wissen Sie, warum die Betriebe es nicht nutzen?
 Es sind Hürden damit verbunden. Die Gastronomie ist eben eine Branche mit sehr vielen kleinen inhabergeführten Firmen. Und dann auch noch Leute in Weiterbildung zu schicken, ist ein hoher bürokratischer Aufwand. Jetzt, aktuell im Coronajahr müssen viele Hilfgelder beantragen und irgendwie ihren Laden aufrecht erhalten. Da wäre es sehr sinnvoll, wenn es hier niedrigschwellige Angebote für die Betriebe gäbe, damit Weiterbildung in dieser Zeit passiert. Ein anderer Grund, weshalb das jetzt nicht geschieht, ist: Haben die Betriebe höher qualifiziertes Personal, müssen sie die nach der Pandemie auch besser bezahlen. Da schrecken einige vor zurück.

Wie sehen die Hürden denn genau aus?
 Es muss beantragt werden,

es müssen Kurse gefunden werden, es müssen Programme geschrieben werden, es muss überhaupt der Antrag laufen, damit diese Zuschüsse fließen können. Das ist Arbeit. Wenn es nur einen Inhaber gibt, der alles tun muss, dann ist das eine Hürde.

Fehlt ein gezieltes Angebot seitens der Arbeitsagentur?
 Weiterbildung wird in der Regel von externen Bildungsträgern durchgeführt. Ich weiß, dass es Anbieter gibt, die Angebote planen. Aber das dauert leider. Wir müssten jetzt Angebote parat haben. Wenn man über gastronomiespezifische Weiterbildung spricht, dann geht es zum Beispiel um Weinkunde, also um Weiterbildung zum Sommelier oder Barista, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das sind sehr passgenaue Angebote, die gut wären und die es auch gibt. Aber die niedrigen Zahlen sprechen dafür, dass da irgendwo was nicht ganz passt und Angebot und Nachfrage nicht zueinander kommen.

Bietet sich Gastronomie überhaupt als Feld für Weiterbildung an? Der Laie denkt, wenn man erst mal bedienen kann, dann kann man das.
 Da gibt es ganz viel Bedarf. Wenn man unten anfängt, kann man alle eine Stufe höher qualifizieren. Einen Tellerwäscher kann man zu einer Servicekraft ausbilden. Man kann eine Küchenhilfe weiterbilden, damit sie qualifiziertere

Arbeitsschritte bewältigt. Man kann in Richtig Warenkunde was machen wie Sommelier- oder Barista-Schulungen oder Whisky-Tasting. Man kann das ganze Administrative machen, also zum Beispiel Buchhaltung oder Personalkunde. Es wäre auch eine gute Sache, Mitarbeiter in Schicht- und Arbeitszeitplanung weiterzubilden, dann hätte die Branche nach der Pandemie vielleicht eine Chance, ihr Problem mit überlangen Arbeitszeiten und unbezahlten Überstunden in den Griff zu kriegen.

Fehlt es an Bildungsträgern, die das anbieten?
 Ich weiß eben nicht, ob die Träger und Unternehmen so richtig zueinander kommen. Das ist nicht nur ein Problem dieser Branche. Aber in der Gastronomie gibt es die Tendenz, das gar nicht oder nur partiell den Beschäftigten anzubieten. Weil, wie gesagt, höher qualifiziertes Personal muss man auch höher bezahlen. Da die Branche durch stark ausgeprägten Niedriglohn gekennzeichnet ist, schrecken Arbeitgeber davor zurück.

Können Beschäftigte von sich aus Weiterbildung während der Kurzarbeit einfordern?
 Das wird schwierig, weil man von den Betrieben freigestellt werden muss. Man braucht eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, wenn es während der eigentlichen Arbeitszeit statt-

finden soll. Wir wissen erstens nicht, wie lange die Kurzarbeit noch geht. Zweitens haben viele Betriebe auch jetzt noch Lieferservice, es gibt Hotels, die gar nicht geschlossen sind, weil sie Geschäftskunden haben. Beschäftigte können nicht sagen, ich stehe jetzt sechs Wochen überhaupt nicht zur Verfügung, weil ich hier gerade einen Kurs mache. Und letztendlich können ja die Betriebe die Zuschüsse für die Lohnkosten bekommen. Diese Zuschüsse sind für Unternehmen gedacht.

Gibt es auch Menschen, die in Kurzarbeit nicht arbeiten?
 Natürlich. Gerade in den Gaststätten gibt es seit November für die Leute überhaupt nichts zu tun. Da ist das meiste „Kurzarbeit null“, die arbeiten gar nicht, bis hin zu einer nur gering verkürzten Arbeitszeit. Aber ein Großteil ist tatsächlich auf null.

Ausblick auf 2021: Was muss passieren?
 Wir brauchen ein Konzept, wie es weitergeht. Dass man mit dem Lockdown versucht, die Infektionszahlen zu brechen, klar, ist nachvollziehbar. Aber es kann nicht Monate so weitergehen. Was passiert, wenn die Pandemie nicht so schnell in den Griff zu kriegen ist? Und das andere ist: Wenn man so einen Lockdown macht und Branchen schließt, muss man das sozial absichern. Es geht nicht, dass es nur Hilfgelder für Betriebe gibt, aber die Beschäftigten im Regen stehen. Wir brauchen finanzielle Hilfe, damit diese Situation durchzuhalten ist.

Ein Gehalt vom Staat?
 Wir fordern ein Mindestkurzarbeitergeld. Man muss wissen, dass das Kurzarbeitergeld von den Beschäftigten selbst finanziert ist. Die zahlen ja dafür in die Arbeitslosenversicherung ein. Und die Kurzarbeit ist eine Leistung der Agentur für Arbeit. Das ist selbst finanziert, es sind keine staatlichen Gelder, die da gezahlt werden. Und das reicht einfach nicht bei dem Einkommen, das viele haben. Wir brauchen eine Mindestabsicherung, damit zumindest Fixkosten und ein Leben zu finanzieren sind. Und was wir auch fordern, ist Corona-Soforthilfe von 1.000 Euro pro Kurzarbeits-Beschäftigtem.

Also 1.000 Euro oben drauf?
 Genau. Also eine einmalige Geschichte. Das kostet für ganz Deutschland 600 Millionen Euro, im Vergleich dazu sind die Unternehmenshilfen bei 17 Milliarden Euro. Das ist doch von der Relation her machbar.

Sie haben mit Löffeln protestiert?
 Ja, wir haben von unseren Mitgliedern 600 Löffel gesammelt und sie am 19. November unter dem Motto „Wir müssen den Löffel abgeben“ am Rathaus abgegeben. Wir fordern eine bessere finanzielle Absicherung in der Krise. Wir wollen mit den Löffeln wegen Corona mit wenig Leuten zeigen, dass viele dahinter stehen.

Und was sagte man dort?
 Es hat eine sehr freundliche Dame vom Bürgerbüro unsere Forderungen entgegengenommen. Keiner von den politischen Entscheidungsträgern. Und gesagt hat man uns dazu bisher gar nichts.

Mehr Beschäftigte von sich aus Weiterbildung während der Kurzarbeit einfordern?
 Das wird schwierig, weil man von den Betrieben freigestellt werden muss. Man braucht eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, wenn es während der eigentlichen Arbeitszeit statt-

finden soll. Wir wissen erstens nicht, wie lange die Kurzarbeit noch geht. Zweitens haben viele Betriebe auch jetzt noch Lieferservice, es gibt Hotels, die gar nicht geschlossen sind, weil sie Geschäftskunden haben. Beschäftigte können nicht sagen, ich stehe jetzt sechs Wochen überhaupt nicht zur Verfügung, weil ich hier gerade einen Kurs mache. Und letztendlich können ja die Betriebe die Zuschüsse für die Lohnkosten bekommen. Diese Zuschüsse sind für Unternehmen gedacht.

Silke Kettner
 45, ist Diplom-Volkswirtin und Geschäftsführerin der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) in der Region Hamburg-Elmshorn.

Flora und Fauna schützen

Umweltplaner sind als Experten bei Behörden und Wirtschaft gefragt. Die Universität Hannover bietet ein Bachelor und ein Masterstudium an

Von **Joachim Görös**

Umweltplaner werden gebraucht. Die Deutsche Bahn zum Beispiel suchte so eine Fachkraft jüngst in einer Annonce. Zu deren Aufgaben sollte etwa die Kartierung von Reptilien und Amphibien zählen, das Schreiben von Gutachten zu EU-Schutzgebiet-Richtlinien und die Ausarbeitung von Naturschutzrechtlicher Potenzialanalysen. Als Erwartungen wurden Kenntnisse in faunistischer Kartierung, in Naturschutz- und Planungsrecht sowie die umweltfachliche Betreuung von Bauherren formuliert. Eine von vielen Anzeigen, mit der Arbeitgeber um Fachleute werben.

„Vor allem Behörden stellen nach langer Pause wieder ein, aber unsere Absolventen sind auch bei privaten Arbeitgebern wie Immobilienfirmen und Wohnungsunternehmen gefragt“, sagt Rainer Danielzyk, Professor am Institut für Umweltplanung der Universität Hannover, und fügt hinzu: „Es gibt insgesamt sehr gute Berufsperspektiven.“ Mit seinen Absolventen meint Danielzyk diejenigen, die in Hannover Landschaftsarchitektur und Umweltplanung (Bachelor in sechs Semestern) oder Umwelt- und Regionalplanung (Master in vier Semestern) studieren. Mit ihrer Arbeit sollen sie später unter anderem zum Erhalt eines intakten Ökosystems beitragen, zum Beispiel durch die Umsetzung von EU-Schutzmaßnahmen für Flora und Fauna vor Ort.

„Wir waren im ersten Semester Landschaftsarchitektur und Umweltplanung 100 Anfänger, knapp die Hälfte davon hat den Bachelor erreicht“, sagt Caro-

line Schneider und ergänzt: „Nach dem Praxissemester hören viele vorzeitig auf, weil sie gemerkt haben, dass das nicht das Richtige für sie ist.“ Schneider dagegen gefielen ihre Stationen in einem Planungsbüro, in einer Naturschutzbehörde und im Berggarten Hannover. „Dort und auch in den Pflichtprojekten wird man sehr gut auf die Berufswelt vorbereitet“, sagt die 24-Jährige. „Wir haben uns zum Beispiel in einer Kleingruppe mit Flächennutzungsplänen beschäftigt – wie sind sie aufgebaut, welche Bedeutung haben sie für Behörden.“

Studierende müssen in der Klausur bis zu 500 Pflanzen bestimmen

Zu den Pflichtmodulen gehören Themen wie Pflanzenökologie und Bodenkunde, Naturschutz und Landschaftsplanung, Planungsrecht sowie Profession, Planung und Politik. „Bodenkunde oder auch das Erlernen von 500 Pflanzen, die man in einer Klausur bestimmen muss, waren für viele nicht einfach“, erinnert Schneider, die nach dem Bachelor nun in Hannover Landschaftsarchitektur im Master studiert.

Ronja Torkler setzt nach dem Bachelor in Landschaftsarchitektur und Umweltplanung im jetzigen Masterstudium Umweltplanung dagegen einen anderen Schwerpunkt als Schneider. „Nach dem Bachelor haben viele Kommilitonen in privaten Planungsbüros angefangen. Dort gibt es viele freie Stellen, aber oft auch kei-

nen guten Lohn“, sagt Torkler. Für sie spielte nicht nur die Bezahlung bei der Entscheidung für die Fortsetzung des Studiums eine Rolle: „Im Bachelor bekomme man nur Grundlagen vermittelt, die möchte ich noch vertiefen.“ Zu den Pflichtmodulen zählen Verwaltungsrecht, Naturschutzrecht und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Zudem habe man im Masterstudium mehr Wahlmöglichkeiten. So werden bei den Wahlfächern Veranstaltungen wie Umweltrecht und -verwaltung, Modellsätze für die Umweltplanung, nachhaltige Raum- und Umweltentwicklung, Ingenieurbio-logie, Planungsinformatik, Wasserwirtschaft und Umwelt, Bodenuntersuchungsverfahren, Meteorologie sowie aktuelle Fragen der Freiraumpolitik angeboten.

Torkler lobt die intensiven Diskussionen in kleinen Seminaren mit teilweise weniger als zehn Personen. Derzeit finden die Lehrveranstaltungen der Uni Hannover wegen der Coronapandemie allerdings grundsätzlich nur online statt. Für ihre Masterarbeit zum Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ hat Torkler Verantwortliche aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen aus den Landkreisen Nienburg und Diepholz interviewt. In der Arbeit will sie Mindeststandards entwickeln und diskutieren, wenn es zum Beispiel um die Versorgung mit Hausärzten geht, die es eher in Großstädte als in ländliche Regionen zieht. Für die Zukunft hat die 26-Jährige klare Vorstellungen: „Die Arbeit in einer Behörde im Bereich Naturschutz finde ich interessant.“

personenzentriert
 prozessorientierte beratung
 online-schnupperkurs am 27.02.2021
 beginn: 10.30
 gabriele isele 040 - 43 09 44 41
www.personenzentrierteberatung.de

FH;P Fachhochschule Potsdam
 University of Applied Sciences
DIGITALES DATENMANAGEMENT
 Weiterbildender Masterstudiengang der Fachhochschule
 Potsdam und Humboldt-Universität zu Berlin
BEWERBUNGSFRIST 15.12.2020 – 15.02.2021
INFOABEND ONLINE 14.1.2021 AB 18 UHR
www.ddm-master.de
 ddm-infos@lists.hu-berlin.de • 0331 580-2440

Mitmenschen gesucht
 WERDE AUCH DU EIN MITMENSCH –
 ERFAHRE MEHR UNTER:
WWW.MITMENSCHENGESUCHT.DE

Mediation
 Konflikte und schwierigen Situationen kompetent begegnen - nicht nur im Beruf.
Berufsbegleitende Zusatzausbildung
Februar – Oktober 2021 in Göttingen
 Anmeldungen und Kontakt: **Dr. Volker Weiß,**
volker.weiss@vnb.de
 Weitere Informationen erhalten Sie unter www.vnb.de

Abi UP DIGITAL
 Die Online-Ausbildungsmesse für (Fach-)Abiturienten
 Samstag, 12. Dezember 2020 - 14:00-17:00 Uhr
www.abi-up.de
Klick dich rein!
Bundesagentur für Arbeit
 Agentur für Arbeit Hamburg
 bringt weiter.

BI+I BERUFLICHE HOCHSCHULE HAMBURG
AB HERBST 2021

Studium oder Ausbildung?
 Mach einfach beides!
 Ausbildungsabschluss, Bachelor und Praxiserfahrung in 4 Jahren –
 Verzahnung von 3 Lernorten – Studium an einer öffentlichen Hochschule

- + Ausbildung zur Industriekaufrau oder zum Industriekaufmann plus BWL-Studium (Bachelor of Arts)
- + Ausbildung zur Bankkauffrau oder zum Bankkaufmann plus BWL-Studium (Bachelor of Arts)
- + Ausbildung zur Kauffrau oder zum Kaufmann für Marketing-kommunikation plus BWL-Studium (Bachelor of Arts)
- + Ausbildung zur Fachinformatikerin oder zum Fachinformatiker plus Informatikstudium (Bachelor of Science)

anspruchsvolle praktische Fertigkeiten im Ausbildungsbetrieb
 breites Wissen über das gesamte Berufsfeld in der Berufsschule
 akademische Kompetenzen und wissenschaftliches Verständnis für das Berufsfeld in der Hochschule

Mehr Informationen findest du hier:
www.bhh.de/an-der-bhh-lernen